

derborn 1960). Um Wiederholungen zu vermeiden, sei nur festgestellt, daß der Verfasser in der Frage der Auslegung der Trienter Dekrete mehr mit Geiselmann als mit Lennerz übereinstimmt (vgl. S. 118—128), obwohl sein Buch aus einer Dissertation an der Gregorianischen Universität entstanden ist.

Hier soll es vielmehr genannt werden, weil es manche Mißverständnisse aufdeckt, in die man sich von beiden Seiten her hineingesprochen und hineingeschrieben hat. In den Ohren evangelischer Theologen ruft das Wort „Tradition“, wenn es aus dem Munde von Katholiken kommt, die Erinnerung an das wach, was die Reformatoren als „Menschensatzungen“ (Mark. 7, 7) bekämpft haben. Wir

wiederum beklagen, daß sie dabei, wie Lengsfeld meint, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und zwischen apostolischen Überlieferungen und traditionellen kirchlichen Statuten nicht mehr unterschieden haben. So wurde von protestantischer Seite dem Wort der Schrift eine Exklusivstellung verliehen, die es weder irgendwann in der vorreformatorischen Zeit noch in der praktischen Handhabung der evangelisch-theologischen Systematik innehalten konnte. Und ebensowenig entsprach auf katholischer Seite dem Exklusivitätsanspruch, den nachtridentinische Theologen für die mündlichen Überlieferungen postulierten, das tatsächliche Verfahren des Lehramtes und der konkreten theologischen Beweisführung.

## Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

### Der Libanon nach den Wahlen

Das Gebiet zwischen Libanon und Taurus zeichnet sich seit Jahrtausenden durch seine besonders komplizierten ethnischen und religiösen Minderheitsverhältnisse aus. Die muslimischen Herrscher dieses Landes, in den letzten Jahrhunderten die Türken, lösten die sich hieraus ergebenden Probleme, indem sie die Religionsgemeinschaften, die zugleich als nationale Minderheiten behandelt wurden, weitgehend sich selbst überließen, die Angehörigen der Staatsreligion bevorzugten und gelegentlich, nämlich dann, wenn es das Staatsinteresse erforderte, eine Minderheit gegen die andere ausspielten. Als nun nach dem ersten Weltkrieg Syrien französisches Mandatsland wurde, mußten sich die Franzosen mit ähnlichen Problemen auseinandersetzen wie die Türken: Sie hatten ein Gebiet zu verwalten und zu beherrschen, das besonders in den Randzonen von religiösen Minderheiten besiedelt war, die u. a. von der französischen Mandatsregierung erwarteten, daß sie die gleichen politischen Rechte erhielten wie die bis dahin von den Türken bevorzugte sunnitische Mehrheit und zugleich als Minderheiten geschützt und in ihren Rechten bestätigt würden. Die Franzosen lösten diese Aufgabe, indem sie das Land in autonome Provinzen aufteilten, in denen jeweils eine Minderheit vorherrschend war. So wurde eine autonome Alawiten-Provinz im Norden, im Süden ein drusisches Gebiet und der Staat Libanon für die Christen gebildet. Das syrische Kernland blieb sunnitisch. Durch diese Aufteilung sollte zugleich der Widerstand großer Teile der Bevölkerung gegen die Franzosen geschwächt werden. Von all diesen Teilen erwies sich allein das Libanongebiet als lebensfähig, alle übrigen Gebiete wurden Syrien einverleibt. Im Libanon hatten die Franzosen die Grenze so gezogen, daß die Christen eine knappe Mehrheit bildeten, Sunniten, Schiiten und Drusen zusammen in der Minderheit blieben. Der Libanon ist also ein religiöser Minderheitenstaat. Dieser Situation wurde die libanesisische Verfassung gerecht, indem sie die Konfessionen proportional an der Legislative beteiligte. Die Volksvertreter können zwar als Vertreter von Parteien oder als Unabhängige gewählt werden, es müssen aber in jedem Wahlbezirk eine vorgeschriebene Anzahl Maroniten, Sunniten, Schiiten, Griechisch-Orthodoxe, Drusen usw. gewählt werden. Ein Schiite darf zwar einem Drusen seine Stimme geben, es wird jedoch auf

jeden Fall der Abgeordnete der vorgeschriebenen Konfession einen Parlamentssitz erhalten. Ein ungeschriebenes, aber dennoch streng beachtetes Gesetz ist, daß die wichtigsten Staatsämter nur die Angehörigen bestimmter Konfessionen erhalten dürfen: Der Staatspräsident, der mit großen Vollmachten ausgestattet ist, ist immer ein maronitischer Christ, also Katholik, der Ministerpräsident ein sunnitischer Muslim, der Präsident der Kammer immer ein Schiit.

Die Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens ist jedoch nur scheinbar. Selbstverständlich üben die Kirchen einen starken politischen Einfluß aus. Die Kirchen sind jedoch nicht ausschließlich religiöse Institutionen, sondern zugleich die natürlichen Vertreter der religiösen und daher auch der kulturellen Minderheiten. Die Abgeordneten werden ja auch nicht von der Hierarchie, sondern von der ganzen Glaubensgemeinschaft ins Parlament gewählt. Der konfessionelle Proporz bei der Wahl der Abgeordneten ist in der Tat die einzige Möglichkeit, das relativ friedliche Nebeneinanderleben der religiösen Minoritäten zu ermöglichen, denn welche politische Richtung ein Abgeordneter auch vertreten mag, so wird er doch immer die elementaren Interessen seiner Gemeinschaft wahrnehmen, weil diese zugleich seine eigenen sind. Die Vielzahl der Religionsgemeinschaften macht es unmöglich, daß kleinere Gemeinschaften überstimmt werden, da im größeren Rahmen die Gemeinschaften aufeinander angewiesen sind.

Trotz der konfessionellen Struktur des Parlamentes und der Regierung gibt es interkonfessionelle Interessengemeinschaften. So bildet z. B. die Gesamtheit der Christen einen geschlossenen Block, wenn es um muslimisch-christliche Differenzen geht. Es ist aber auch durchaus möglich, daß bestimmte wirtschaftspolitische Interessen z. B. von den Parlamentariern verschiedener Religionsgemeinschaften gegen Parlamentarier der gleichen Religionsgemeinschaften vertreten werden.

Sieht man von den im Parlament nicht vertretenen Kommunisten ab, dann gibt es im Libanon eigentlich keine politische Bewegung, die nicht konfessionell begrenzt wäre. Eine politische Partei ist deshalb primär immer die Partei einer bestimmten Religionsgemeinschaft. Es kann im Parlament aber auch zu Gruppierungen kommen, die über die konfessionellen Grenzen hinausreichen, so besonders in der Form „regionaler Blöcke“.

Wie im ganzen Vorderen Orient sind auch im Libanon die politischen Organisationen von nur sehr geringer Bedeutung. Ausgesprochene Mitgliederparteien entsprechen eher dem revolutionären als dem demokratischen Typus. Unter diesen wäre die verbotene kommunistische Partei mit angeblich ca. 8000 Mitgliedern zu nennen (diese Zahl ist ungewöhnlich hoch und daher nicht unbedingt glaubwürdig). Gleichfalls verboten ist die Syrische Volkspartei, die ein syrisch-nationalistisches Programm vertritt, also großsyrisch-national und nicht panarabisch orientiert ist. Auch in dieser Partei sollen die konfessionellen Unterschiede keine Rolle spielen. In Wirklichkeit ist die Syrische Volkspartei keine Partei, sondern eine paramilitärische Organisation mit allgemein terroristischen Tendenzen.

Innerhalb der maronitischen Gemeinschaft sind vor allem die Kataeb („Phalanges“) zu nennen, ursprünglich eine Jugendbewegung, aus der dann die Partei gleichen Namens hervorging. Die Kataeb vertreten wie die meisten libanesischen Christen einen libanesischen Nationalismus. Gewisse faschistische Züge werden kaum verleugnet. Auch die Kataeb verfügen über eine paramilitärische Organisation. Sie sind im Parlament zwar relativ stark vertreten, ihr politisches Gewicht macht die Organisation jedoch eher in den Straßenschlachten geltend, die im Libanon mit einer gewissen Regelmäßigkeit stattfinden.

Zivile maronitische Gruppen sind der Nationale Block und die Verfassungspartei (Destour), die bis 1952 die Regierung stellte. Diese beiden Parteien sind eigentlich nur die Wahlapparate der führenden maronitischen Familien und im wesentlichen großbürgerlich. (Auch der frühere Staatspräsident Schamoun hat eine eigene liberale Partei gegründet.)

Eine sunnitische Parallelorganisation der Kataeb sind die Najjada, deren politisches Gewicht sich gleichfalls eher auf der Straße als im Parlament geltend macht. Als Partei dürfte man auch die „Sozialistische Fortschrittspartei“ des drusischen Feudalherrn Kamal Jumblatt bezeichnen. Mit Sozialismus marxistischer Prägung hat Jumblatts Programm allerdings wenig zu tun. Er vertritt eine im Orient keineswegs seltene Kombination von politisch-religiösen Synkretismen und zitiert alle Propheten von Buddha bis Hitler, vornehmlich jedoch Avesta und Vedanta. Jumblatts Anhängerschaft setzt sich aus seiner drusischen Klientel zusammen, die sich, falls nötig, in eine Privatarmee verwandelt.

So wie in anderen arabischen Staaten ist auch im Libanon die Politik so stark personalisiert, daß politische Parteien nur von untergeordneter Bedeutung sein können. Ein Abgeordneter wird von seiner Klientel bzw. von der Klientel dessen, der ihn unterstützt, gewählt. Der Wähler, so weit er nicht mittelbar oder unmittelbar zu einer bestimmten Wahl gezwungen bzw. gekauft wurde, entscheidet sich nicht für eine bestimmte Partei, sondern für einen Kandidaten, der seine persönlichen Interessen, die seiner Familie, des Dorfes und schließlich seiner Religionsgemeinschaft zu vertreten hat. Dieses System, das alles in allem ganz gut funktioniert, ist im wesentlichen oligarchisch. Dennoch ist der Libanon das einzige Land im Vorderen Orient, in dem eine annähernd parlamentarische Demokratie funktioniert. Eine gewisse Voraussetzung hierfür bietet der gute Bildungsstandard (nach Israel der höchste im Nahen Osten), der einen beachtlichen Teil der Bevölkerung befähigt, das politische Geschehen zu verfolgen.

Sieht man von einigen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen ab, dann kann man fast alle bedeutenden politischen Kontroversen im Libanon auf eine bestimmte Ursache zurückführen: Die christliche Mehrheit ist an der Erhaltung des status quo, d. h. an der Erhaltung eines selbständigen Staates Libanon mit christlichem Übergewicht interessiert, die muslimische Minderheit versucht die „christliche Vorherrschaft“ zu brechen und sucht als Folge oder Voraussetzung hierfür einen Anschluß an das muslimische Syrien bzw. an die Vereinigte Arabische Republik Nassers.

Die Fronten sind jedoch auch in dieser Frage keineswegs einheitlich. Es gibt christliche Gruppen besonders im Bergland, die eine stärkere Anlehnung an die arabischen Staaten im allgemeinen suchen, im Gegensatz zu anderen Gruppen, die zu einer Anlehnung an die europäischen Mittelmeerstaaten neigen. Starke muslimische Gruppen wiederum sind an der Erhaltung des libanesischen Staates interessiert, weil ein Anschluß an die VAR sie u. a. der Vorzüge der im allgemeinen günstigen wirtschaftlichen Situation des Libanon berauben würde.

Hinsichtlich der nationalen Selbständigkeit des Libanon war zwischen muslimischen und christlichen Politikern im Jahre 1943 folgendes vereinbart worden: Die Muslimen des Libanon verzichten auf eine „syrische oder arabische Vereinigung“, die Christen verzichten darauf, den Schutz fremder Mächte in Anspruch zu nehmen. (Es war daher durchaus folgerichtig, daß Präsident Schamoun 1958 die Amerikaner ins Land rief, weil ein gewaltsamer Anschluß an Syrien zu befürchten war.) Der „Pacte de 43“, wie das obige Abkommen genannt wurde, ist das Schibboleth der unten behandelten Regierungsbildung — allerdings haben manche libanesischen Politiker eine eigene Phonetik entwickelt. Viele Muslimen, aber auch manche Christen sehen den Pacte de 43 für überlebt an, und es ist in der Tat fraglich, ob er noch anwendbar ist. Andererseits garantierte dieses Abkommen die Existenz des Staates.

Eng mit dieser Frage verbunden ist die Forderung vieler muslimischer Politiker nach Abschaffung des konfessionellen Proporz oder, was auf das gleiche hinausläuft, nach einer neuen Volkszählung. Demographische Daten sind im Libanon ein wohl gehütetes Geheimnis. Der gegenwärtige Proporz geht von folgender, inzwischen natürlich längst überholter Statistik aus:

Gesamtzahl der Bevölkerung	1,5 Millionen
Katholiken (Maroniten, Griechisch-katholische usw.)	570 000 = 38 %
Nichtkatholische Christen (Griechisch-orthodoxe, Armenier, Protestanten usw.)	247 000 = 16,5 %
Muslimen (Sunniten u. Schiiten)	600 000 = 40 %
Andere Minderheiten (Drusen, Juden usw.)	83 000 = 5,5 %

Das Verhältnis gibt den Christen also eine bequeme Mehrheit von 9%. Ob diese Relation je stimmte, darf mit einigem Recht bezweifelt werden. Die Fälschung von Bevölkerungsstatistiken ist auch im Orient nichts Ungewöhnliches. Daß sie heute noch stimmt, ist völlig unwahrscheinlich, denn die Geburtenzuwachsrate bei den Muslimen dürfte höher sein als bei den Christen, zudem wandern sehr viel mehr Christen als Muslimen aus (es leben fast so viel Libanesen im Ausland wie innerhalb des

Landes). Hinzukommen auch noch die ca. 100 000 arabischen Palästina-Flüchtlinge, die jedoch nicht die libanesische Staatsangehörigkeit besitzen. Eine Volkszählung würde also ein numerisches Übergewicht der Muslimen erweisen. Das wird auch nur noch von sehr wenigen ernsthaft bestritten. Einen sehr geschickten Gegenzug in dieser Sache machten einige christliche Politiker, indem sie einer neuen Volkszählung grundsätzlich zustimmten, jedoch unter der Bedingung, daß auch die im Ausland lebenden Libanesen miteinbezogen würden. Die Muslimen werden auf diesen Vorschlag kaum eingehen, weil dann der christliche „Bevölkerungsanteil“ noch erheblich größer werden könnte.

Ein anderer Vorwurf seitens der Muslimen ist die Benachteiligung der muslimischen Bevölkerung bei der Vergebung von Ämtern. Dieser Vorwurf mag in mancher Hinsicht berechtigt sein. Aber auch hier darf der Umstand nicht übersehen werden, daß das Bildungsniveau der christlichen Bevölkerung erheblich höher ist als das der Muslimen. Im übrigen scheint die 1958 durchgeführte Verwaltungsreform die größten Mißstände beseitigt zu haben.

### *Die Wahlen*

Die Wahlen, die im Laufe der letzten Wochen im Libanon durchgeführt wurden, sollten vor allem dazu dienen, die durch den Bürgerkrieg von 1958 entstandene Situation zu bereinigen (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 405 ff.). Nach dem erzwungenen Rücktritt des prowestlichen Staatspräsidenten Schamoun hatte General Schehab, der maronitische Oberkommandierende der libanesischen Armee, die Präsidentschaft übernommen. (Die Familie Schehab, von der es einen muslimischen und einen christlichen Zweig gibt, gehört zu den einflußreichsten im Lande.) Schehab genoß sowohl das Vertrauen der Muslimen als auch das der Maroniten. Er garantierte einerseits die Unabhängigkeit des Landes, führte andererseits eine Verwaltungsreform durch, die einen Teil der innenpolitischen Forderungen der Muslimen erfüllte. U. a. wurde auch die Abgeordnetenzahl auf 99 erhöht, was eine bessere Repräsentation garantierte. Alle Parteien fanden sich mit seiner Regierung ab, weil, so schien es wenigstens, nur er den Bürgerkrieg beenden konnte. Schehab hat sich in den letzten zwei Jahren als ausgezeichnete Politiker erwiesen. Obgleich jede der Parteien sofort zu den Waffen griff, wenn die Regierung die Grenze des Zumutbaren zu überschreiten schien, gelang es ihm immer wieder, einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Die ihm nachgesagte Unentschlossenheit ist schließlich seine Stärke gewesen, weil er sich nie dazu entschließen konnte, gewalt- sam gegen bestimmte Gruppen vorzugehen.

Präsident Schehab sorgte dafür, daß die Wahlen relativ geheim waren, jedenfalls gab es isolierte Wahlzellen. Die Verteilung der Wahlen über mehrere Wochen ermöglichte einen großzügigen Einsatz der Sicherheitskräfte im jeweiligen Wahlgebiet, so daß es während der Wahlen selber kaum zu Unruhen kam. Auch die Wahlbeeinträchtigung durch Regierungsorgane oder Parteiterror war relativ gering. Der Stimmenkauf wurde unter Strafe gestellt und geschah nach den Berichten der Beiruter Zeitung „L'Orient“ (18. 7. 60) eher gewohnheitsmäßig, da niemand die gekauften Stimmen kontrollieren konnte. Die Wahlbeteiligung betrug im Durchschnitt ca. 55 %, was im Libanon als befriedigend angesehen wird. Nach Konfessionen teilt sich die neue Kammer wie folgt auf: Maroniten 30, Sun-

niten 20, Schiiten 19, griechisch-orthodox 11, griechisch-katholisch 6, Drusen 6, armenisch-orthodox 4, armenisch-katholisch 1, protestantisch 1, Minoritäten 1. Das Verhältnis Christen zu Muslimen/Drusen ist also 53 zu 54.

Nur etwa ein Drittel der Abgeordneten vertreten eine Partei oder einen Interessenblock. Die stärkste „Partei“ im Parlament, die Kataeb, zählt ganze 5 Abgeordnete. Die wirklichen Kräfteverhältnisse sind noch völlig undurchsichtig, weil viele Abgeordnete sich als Unabhängige geben. Die Partei des ehemaligen Präsidenten Schamoun verlor viele Anhänger, Schamoun selber wurde in seinem eigenen Stammgebiet nur knapp gewählt. Im allgemeinen wurden die Wahlen als ein Vertrauensvotum für General Schehab gewertet. Unter den Sunniten gingen Saeb Salam, einer der radikaleren sunnitischen Führer im Bürgerkrieg 1958, und der etwas gemäßigtere Raschid Karame, der unter Schehab mehrmals Ministerpräsident war, gestärkt hervor.

### *Die Regierungsbildung*

Seit 1958 hat die libanesische Regierung faktisch ohne das Parlament regiert; denn dieses hatte längst nicht mehr das wirkliche politische Kräfteverhältnis repräsentiert. Die Regierungsbildung nach den Wahlen 1960 schloß daher gewisse Gefahren ein. Es war völlig ungewiß, wie sich die Zusammenarbeit zwischen der zukünftigen Regierung und dem neuen Parlament gestalten würde und ob sich im Parlament überhaupt eine Mehrheit für irgendeine arbeitsfähige Regierung finden würde. Als Ministerpräsidenten kamen fast nur Saeb Salam oder Raschid Karame in Frage, die die stärksten sunnitischen Gruppen vertraten. Auch die Möglichkeit, daß sich die Gegensätze um die wenigen extremistischen (d. h. pronasserischen und prowestlichen) Abgeordneten kristallisierten, war zwar nicht sonderlich groß, aber immerhin nicht ausgeschlossen.

Diese nicht ganz ungefährliche Situation wurde durch einen Theatrecoup des Präsidenten Schehab fast schlagartig verändert. Am 20. Juli übermittelte Schehab dem Ministerpräsidenten der Wahlregierung, Daouk, seine Demission, „da seine Aufgabe nach der friedlichen Abwicklung der Wahlen erfüllt sei“. Diese Demission kam völlig überraschend und eigentlich zu einem Zeitpunkt, da die ausgleichende Politik Schehabs unbedingt nötig war. Schließlich waren auch die Wahlen unter dem Aspekt durchgeführt worden, daß Schehab Staatspräsident blieb. Schehab wurde denn auch von allen Seiten bestürmt, seine Demission rückgängig zu machen; es kam zu Vertrauenskundgebungen und freundlichen Bedrohungen, sein Wohnhaus zu belagern, usw. Nachdem 90 der 99 Abgeordneten, darunter auch Saeb Salam, eine Petition unterzeichnet hatten, die Schehabs Verbleiben im Amt forderte, gab der Präsident unter theatralischen Umständen noch am selben Tage bekannt, daß er bleiben werde.

Durch den nicht erfolgten Rücktritt Schehabs hat sich dann die politische Situation im Libanon erheblich und, wie es scheint, auch günstig verändert; denn Schehab konnte nun seine Bedingungen für die künftige Regierungsbildung diktieren. Die libanesischen Zeitungen redeten in der Folge von einem „Geist des 20. Juli“ (d. h. von der Bereitschaft, partikulare Persönlichkeits- und Parteieninteressen zugunsten einer nationalen Politik zurückzustellen), der von nun an die Arbeit des Parlamentes und der Regierung beherrschen müsse. Schehab konnte nun auch Salam mit der Bildung der Regierung betrauen, ohne

befürchten zu müssen, daß dieser von seiner ausgleichenden Linie abweicht. Ein Novum in der libanesischen Innenpolitik war, daß bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung der Staatspräsident nicht wie sonst mit den einzelnen Parlamentariern, sondern mit den Vertretern der „Parteien“ und der regionalen Blöcke verhandelte. Im Kabinett Salam, das 18 Minister (also 18% der Abgeordneten) zählt, werden fast alle Parteien und Interessengruppen vertreten sein.

### *Die außenpolitische Situation*

Die politischen Verhältnisse des Libanons werden in gleicher Weise von den bereits genannten innenpolitischen Verhältnissen als auch von der allgemeinen Situation innerhalb des arabischen Raumes bestimmt. Wird von außen her ein „national-arabischer“ Druck auf den Libanon ausgeübt, dann erstarken im Innern die separatistischen Tendenzen der Muslimen und zugleich auch die Gegenkräfte. Bewaffnete Gruppen treten in Aktion, von außen werden Geld und Waffen eingeschleust, und es entstehen bürgerkriegsähnliche Situationen oder wie 1958 ein tatsächlicher Bürgerkrieg. Zur Zeit ist das Kräfteverhältnis fast ausgeglichen. Ein nasseristisches Engagement im Libanon ist im Moment kaum zu erwarten, solange die innenpolitische Situation in Syrien unstabil ist. Es scheint auch so etwas wie ein Stillhalteabkommen zwischen Schehab und Nasser zu geben.

Dieses relativ ausgewogene Verhältnis kann jedoch sehr schnell zu Ende gehen. Die irakische Regierung scheint seit geraumer Zeit auf einen Umsturz in Syrien hinzuwirken (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 27). Im Laufe des Juli kam es zwar zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der VAR und dem Irak, es bleibt jedoch fraglich, ob diese von Dauer sein wird. Der beste Ansatzpunkt für einen irakisch unterstützten Umsturz in Syrien wäre ein ernsthafter Konflikt zwischen dem Libanon und der VAR. Es fehlte auch nicht an Gerüchten, daß der Irak versuche, libanesischen Abgeordnete „aufzukaufen“. Genau so bezeichnend für die labile Situation sind die „Basargerüchte“, die vor den Wahlen in Beirut kursierten (nach „The Economist“, 2. 6. 60). Nasser versuche das Dutzend christlicher Abgeordneter aufzukaufen, das er benötige, um den Libanon in die VAR hineinwählen zu lassen. Zusammen mit diesen möglicherweise gar nicht so unfundierten Gerüchten äußerten sich die phantastischsten Wunschträume libanesischer Christen, daß man in diesem Fall die Hilfe der Israelis in Anspruch nehmen müsse (zu denen einige Gruppen tatsächlich sehr freundschaftliche, wenn auch geheime Beziehungen unterhalten), weil man auf amerikanische Hilfe nicht mehr rechnen könne. Derartige Spekulationen sind natürlich von der politischen Realität weit entfernt — Israel wird sich kaum im Libanon engagieren —, sie zeigen aber doch, wie groß und schwerwiegend die Furcht der christlich-libanesischen Bevölkerung vor einer Änderung der gegenwärtigen Verhältnisse ist.

### **Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone**

Was denken die Menschen in der Sowjetzone? Wie erfahren sie ihren Alltag, ihre Berufsarbeit? Wie stehen sie zu ihrem Betrieb, zum politischen System? Ist es dem Regime gelungen, in der Bevölkerung Resonanz zu finden, oder haben sich die Kräfte des inneren Widerstandes unter

den Mitteldeutschen bis heute gegenüber allen Zwangsversuchen zur Sozialisierung des Menschen als stärker erwiesen?

Das alles sind Fragen, die nicht nur von politischer Relevanz sind, etwa im Hinblick auf die Wiedervereinigung. Ihre einigermaßen wirklichkeitsgemäße Beantwortung läßt auch Rückschlüsse darauf zu, inwieweit der einzelne wie auch Gruppen sich systematischer Beeinflussung, d. h. Indoktrination, widersetzen können bzw. ihr erliegen, ob und wie sich Menschen gegenüber den Ansprüchen von totalitären Systemen einigeln können, wie sie zu diesem Zwecke die dem System immanenten Widersprüche zu ihrem Vorteil ausnutzen. Will man die oben gestellten Fragen auf einen Nenner bringen, so kann man sagen, daß sie alle nach der Resistenz des Menschen gegenüber einer militanten Ideologie fragen, in der der einzelne nicht mehr zählen soll.

Die Frage nach dem Widerstandswillen und der Widerstandskraft der Deutschen in der konkreten geschichtlichen Situation, d. h. in der machtmäßig und ideologisch vom Kommunismus besetzten Zone Deutschlands, wird man unter Berücksichtigung der weltanschaulichen Gegenkräfte und der historischen Voraussetzungen unterschiedlich zu beantworten geneigt sein. So kann man davon überzeugt sein, daß Christen kraft ihrer Glaubenshaltung und -einstellung, Bauern wegen des ihnen geschehenen Unrechts, freie Unternehmer wegen der auf ihnen lastenden Pressionen oder ihrer intensiveren Verbindungen zum westlichen Deutschland von vornherein erklärte Gegner des Regimes sind und daß von diesen Gruppen der härteste Widerstand ausgeht. Doch sicher sind solche Mutmaßungen nicht, wenn sie sich nur auf Eindrücke stützen. Es wäre auch möglich, daß gerade solche mit „Vorschuß“ bedachte Gruppen, in denen eine kleine Minderheit nach wie vor einen heroischen Kampf gegen die Unfreiheit kämpft, als Gruppe oder soziale Schicht längst resigniert hat, gerade weil sie dem Druck der Machthaber in besonders starkem Ausmaß während der letzten zehn Jahre ausgesetzt war. Wie die Gruppe, die soziale Schicht als Ganzes, dem System gegenüber eingestellt ist, kann nur durch exakte Untersuchungen ermittelt werden.

Derartige nach sozialen Schichten, weltanschaulichen oder beruflichen Gruppen unterschiedene Untersuchungsergebnisse liegen zu unserer Frage bis heute nicht vor. Wohl aber eine Studie, die nicht weniger aufschlußreich ist als die hier als notwendig umschriebenen. Es handelt sich um eine Erhebung, die sich mit einer sozialen Gruppe befaßt, die man als den entgegengesetzten Flügel zu den oben genannten Gruppen anzusehen geneigt ist: die Industriearbeiter der Zone. Diese bilden eine soziale Gruppe, die breit und daher gewichtig, um nicht zu sagen repräsentativ für die Bevölkerung Mitteldeutschlands steht. Die Industriearbeiter der Zone stellen zudem die Gruppe dar, die vom SED-Regime immer wieder als besondere Säule des kommunistischen Staates herausgestellt wird, um deretwillen der Prozeß der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen „Neuordnung“ eingeleitet wurde und heute durchgeführt wird — wie die Machthaber unausgesetzt behaupten. Diese Gruppe kann sicher nicht als „kapitalistisch“ oder als „bourgeois verseucht“ angesehen werden; sie war seit mehr als dreißig Jahren weitgehend sozialistisch, wenn nicht — wie in Sachsen — kommunistisch eingestellt.

Was denken diese „Schoßkinder des Systems“ über das System?